AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT

6. Ausgabe | Winter 2019

UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLE HAMBURGS VERPFLICHTET

Gastkommentar von Nicolaus Fest
Außen-blick
Seite 2

Migrationskrise bewältigen
Weit-blick
Seite 4

Portal "Neutrale Schulen Hamburg"
Ein-blick
Seite 5

Liebe Hamburger!

Leitkultur – was für ein kühles Wort. Dabei fasst es doch das zusammen, was uns ausmacht, als Europäer, als Deutsche und als Hamburger. Unser Grundgesetz gehört dazu, unsere freiheitliche Gesellschaft, aber auch unsere Sprache, Kultur und Geschichte.

Zu unserer Leitkultur gehört auch, dass Frauen ihre Gesichter nicht verhüllen müssen, und dass Streitigkeiten nicht mit Gewalt ausgetragen werden. In einer der letzten Bürgerschaftssitzungen habe ich darüber gesprochen, wie wichtig eine gelebte Leitkultur für die Integration ist. Nur ein Land, das klar und selbstbewusst definiert, was sein Wesen ausmacht, kann erwarten, dass sich Neuankömmlinge eingliedern; Integration kann eben nicht täglich neu ausgehandelt werden.

Leitkultur ist etwas sehr Positives, Schönes. Es hat etwas mit Vernunft und Verstand zu tun, aber auch mit einem positiven Selbstverständnis. In diesem Sinne viel Spaß bei der Lektüre!

Dr. Alexander Wolf,
Fraktionsvorsitzender

Hamburg - Dein Geld

Enorme 31,5 Milliarden Euro gibt Hamburg 2019 und 2020 aus. Der Rekordhaushalt wurde Mitte Dezember von der rot-grünen Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft verabschiedet. Die Ausgaben steigen in fast allen Bereichen stark an.

SPD und Grüne läuten damit den Vorwahlkampf ein, indem sie fleißig Wahlgeschenke verteilen. Nur bezahlt wird die Zeche mit dem hart erarbeiteten Geld der steuerzahlenden Bürger. Noch geht das gut, denn die Konjunktur brummt und damit sprudeln die Steuereinnahmen.

Aber es fließt zu wenig Geld in den Schuldenabbau. Dabei steht jeder Hamburger – ob Säugling oder Greis – mit über 12.000 Euro in der Kreide. Der Schuldenberg wird also trotz enormer Einnahmen nicht wirklich abgebaut. Trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus müssen über 550 Millionen Euro jährlich alleine an Zinsen gezahlt werden. Es gilt der kluge Spruch: „Ein Haushalt wird in guten Zeiten ruiniert." Die Haushaltspolitik der Altparteien ist ein Schlag ins Gesicht aller zukünftigen Generationen, die die Suppe werden auslöffeln müssen.

Ein großer Batzen sind die Flüchtlingskosten: 2017 gab Hamburg knapp 780 Millionen Euro für über 55.000 „Schutzsuchende" aus. Davon sind übrigens über 10 Prozent, also 5600 Personen, ausreisepflichtig. Zum Vergleich: 2019 wird Hamburg knapp 315 Millionen Euro für die Feuerwehr oder knapp 690 Millionen Euro für Grundschulen ausgeben. Und die Elbphilharmonie kostete dem Steuerzahler bei einer Bauzeit von über neun Jahren 789 Millionen Euro.

Für die AfD-Fraktion ist klar: Eine verantwortungsvolle und generationengerechte Politik sieht anders aus!

„Hamburg, selbstmörderisch und kindlich“

Der Blick von außen: Ein Gastkommentar von Nicolaus Fest

Schaut man in Hamburger Zeitungen, sind das die Hauptprobleme der Stadt: Brexit; Elbvertiefung; Wohnungssituation; die Zweitklassigkeit des HSV; und schließlich, in einer Stadt des Regens und der Sturmböen die Luftbelastung durch private Diesel. Drogen und Kriminalität sind kaum ein Thema. Wer allerdings am Hauptbahnhof aussteigt, wer nicht nur durch Harvestehude oder Hochkamp geht, sieht Dealer, Beschaffungsprostitution, Schutzgeldverhandlungen. Am hellichten Tage, in aller Offenheit.

Auch über linksextreme Gewaltkriminalität wird nicht geredet. Der G20 ist abgehakt, der Hauptverantwortliche als Bundesfinanzminister nach Berlin entsorgt. Dort garantiert er nicht mehr die Sicherheit der Stadt, sondern die des Haushalts. Ansonsten: Weiter wie bisher. Die Rote Flora darf bleiben, ebenso Innenminister Andy Grote. Hamburger Liberalität ist nicht selten gelebte Verantwortungslosigkeit.

Hamburg hat vergessen, was liberal wirklich heißt. Liberal heißt nicht Wegschauen; liberal heißt, dass liberale Gesetze herrschen, aber eben herrschen. Dass sich mithin alle diesen Gesetzen beugen – und wenn nicht freiwillig, dann mit Zwang, durchgesetzt mit aller Härte! Anderenfalls ist es mit der Liberalität bald vorbei, und das für alle.

Noch ein Beispiel: Seit mindestens 2001, seit Mohammed Atta, hat Hamburg ein Islamistenproblem. Aber Hamburg tut so gut wie nichts. Dabei ist klar: Der von der Türkei gesteuerte Moscheenverband DITIB betreibt ein weitverzweigtes Spionagenetz gegen Kritiker Erdogans; dass er seit dessen Machtübernahme einen streng antiliberalen Islam vertritt, steht außer Frage; eben deshalb prüft Niedersachsen, ob bisherige Kooperationen fortgesetzt werden. Ähnlich grundgesetzfern ist der Islam der Blauen Moschee an der Alster; sie gilt als Hochburg des radikalen persischen Mullah-Regimes. Hier werden jedes Jahr die antisemitischen Al-Quds-Demonstrationen organisiert. Und eine ZDF-Dokumentation bestätigte kürzlich, was der Grimme-Preisträger Constantin Schreiber schon 2017 berichtete: Dass in sehr vielen Moscheen offene Volksverhetzung gegen Juden, Christen und generell gegen alle Deutschen betrieben wird, inklusive der Indoktrination von Kleinkindern. Spionage, Volksverhetzung, Antisemitismus, Verfassungsfeindlichkeit: Was muss eigentlich noch passieren, damit in Hamburg etwas passiert?

Aber wie immer: Keine Debatte. Dass Hamburg, wie in Österreich geschehen, verfassungsfeindliche Moscheen schließt und die Imame des Landes verweist, ist nicht einmal denkbar. Eine Stadt schaut weg. „Wir sind liberal, aber nicht doof“, empörte sich ein Hamburger Kaufmann nach den G20-Krawallen. Heute muss man feststellen: So ganz stimmt das nicht. Eher scheint das Gegenteil richtig. Liberalität kann auch doof machen.

Der 2016 verstorbene Nobelpreisträger Imre Kertesz, ein Überlebender von Auschwitz, hat das in seinem letzten Werk klar formuliert: “Europa wird bald wegen seines Liberalismus untergehen, der sich als kindlich und selbstmörderisch erwiesen hat. Europa hat Hitler hervorgebracht, und nach Hitler steht hier ein Kontinent ohne Argumente, die Türen weit offen für den Islam. Er wagt es nicht länger über Rasse und Religion zu reden, während der Islam gleichzeitig die Sprache des Hasses gegen alle ausländischen Rassen und Religionen kennt.”

Hamburger, wacht auf! Liberalität muss mehr sein als Wegschauen.

Elbvertiefung, HSV und Brexit sind irrelevant, wenn die Stadt verloren geht!

Dr. Nicolaus Fest ...

... ist Jurist und Journalist. Er ist Hamburger, aber seit 2008 lebt er in Berlin. Fest: „Ich werde immer einen Koffer in der Hansestadt haben - und mehr als das.“

GRAFFITI-SCHMIEREREIEN

So bleibt unsere Stadt schön

Schön anzusehen sind die illegalen Graffitis auf Mauerwänden, U-Bahnen und Verteilerkästen so gut wie nie. Die Schmierereien verschandeln das Stadtbild und verursachen jährliche Kosten in Millionenhöhe. Eine Straftat sind sie zudem. Die AfD-Fraktion fordert daher ein effektives Maßnahmenpaket, um die Schmierereien einzudämmen.

Dazu gehören unter anderem die Einrichtung einer zentralen Melde- und Beratungsstelle für betroffene Immobilienbesitzer und eine zielgerichtete Strafverfolgung. Dazu der stadtentwicklungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Detlef Ehlebracht: „Um das Problem in den Griff zu bekommen, helfen nicht nur Gesetze, man muss auch für ihre Einhaltung sorgen.“ Im Gegenzug könnte man den wirklichen Künstlern der Szene aber auch entgegenkommen. In einem öffentlichen Wettbewerb erhalten sie beispielsweise die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu gestalten. Eine Jury bewertet ihre Arbeit und vergibt Preise. So wird die Kunstform entkriminalisiert. Ihre Schöpfer haben einen Anreiz, auf legale Weise kreativ zu werden – dank der kreativen Ideen der AfD-Fraktion.

KRANKENHÄUSER

Tödliche Keime

Heilung soll der Aufenthalt im Krankenhaus bringen, und doch lauert dort immer öfter der Tod: Multiresistente Krankenhauskeime werden zur Gefahr. Allein 2015 starben 2300 Patienten an Erregern wie MRSA (Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus) oder anderen resistenten Bakterien.

Mittlerweile gelten „deutsche Krankenhäuser als Hochburgen für gefährliche Keime“ (Der Spiegel, 21.12.2017). Ein unerträglicher Zustand, der noch dazu vermeidbar wäre. Das zeigt das Beispiel Niederlande. Die Hygiene wird viel besser überwacht. Die Verbreitung des Killerkeims MRSA liegt in dortigen Kliniken nur bei einem Prozent, im Vergleich zu 16 Prozent in den deutschen! Die AfD-Fraktion fordert daher, für Hamburgs Kliniken eine Studie in Auftrag zu geben, die herausfindet, welche Hygienemaßnahmen Infektionen verhindern und welche Elemente des niederländischen Erfolgsmodells übernommen werden können.

Israel, ein „brauner Nationalistenstaat“?

UN-Migrationspakt: Das irrwitzige Verhalten der Befürworter – Kommentar von Dirk Nockemann

Blick auf Jerusalem: Auch Israel ist dem UN-Migrationspakt nicht beigetreten.

Ende November setzte die AfD-Fraktion in der Bürgerschaft per Antrag den „Global Compact for Migration“ (UN-Migrationspakt) auf die Tagesordnung.

Wie bereits in vielen anderen Fällen, in denen unsere Fraktion eine die Bürger bewegende, ausländer- beziehungsweise zuwanderungsrechtliche Thematik eingebracht hat, gab es auch dieses Mal erwartungsgemäß eine ausgesprochen „lebhafte“ Debatte. Sie gipfelte einmal mehr darin, dass alle anderen Fraktionen der AfD pauschal Fremdenfeindlichkeit vorwarfen. Dabei ging es in unseren Debattenbeiträgen nur darum, dass Deutschland in dieser Angelegenheit so verfahren sollte wie die USA, Israel, Australien, Polen, Ungarn, Tschechien oder Estland.

Als ich während meiner Rede die rhetorische Frage stellte, ob das denn auch alles „Braune“ oder „Nationalisten“ seien, nur weil diese Länder ihre Interessen wahren wollen, gab es aus dem Auditorium den deutlich vernehmbaren Zwischenruf: „Ja!“ – Dieser Zwischenruf, der nicht aus dem Bereich der Linksfraktion beziehungsweise der Fraktion der Grünen kam, ist auf dem Videomitschnitt der Debatte deutlich vernehmbar. Da kann man sich nur ernsthaft fragen, welches Politikverständnis mancher Politiker mitbringt.

Die Staaten, die den UN-Pakt nicht unterzeichnet haben, führen als wesentliche Gründe insbesondere die Einschränkung der nationalen Souveränität in Zuwanderungsfragen an. Sie wollen selbst entscheiden, wer ins Land kommt und diese Schicksalsfragen nicht in die Hände der Vereinten Nationen legen. Nicht mehr und nicht weniger verlangt die AfD-Fraktion für Deutschland.

Es ist sehr merkwürdig, dass dieser UN-Migrationspakt einerseits zwar rechtlich unverbindlich sein soll, er aber gleichzeitig die unterzeichnenden Länder verpflichten soll, die für Migranten geltenden Standards zu erhöhen. So formuliert Bundesaußenminister Heiko Maas: „Durch den Pakt werden zahlreiche Länder ihre Standards im Umgang mit Flüchtlingen anheben müssen“. Na, wie denn das, wenn der Pakt so unverbindlich ist?

In punkto Bürgerschaft noch ein Hinweis: Wir von der AfD wollen Politik transparenter machen! Sollte durch diesen Artikel Ihr Interesse an den politischen Debatten in der Bürgerschaft geweckt worden sein, würden wir uns freuen, Sie als Gast am Rande einer der Debatten begrüßen zu können. Wenden sie sich dafür an die AfD-Fraktion unter 040 / 428 31 2518 oder afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

ANTISEMITISMUS

Importierter Judenhass

Recht behalten ist nicht immer angenehm. Das gilt besonders, wenn es um Antisemitismus geht. Die AfD-Fraktion weist schon seit langem auf die Gefahren durch den importierten Judenhass vieler Zuwanderer aus moslemisch-arabischen Ländern hin. Sie fordert eine „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ in Hamburg und eine Meldepflicht für religiöses Mobbing an Schulen.

Für die Altparteien kein Thema. Judenhass hat in ihrem festgefahrenen Weltbild von Rechtsaußen zu kommen. Migranten sind darin grundsätzlich rechtschaffene, vorurteilsfreie Zeitgenossen. Nun verdunkelt die Realität allerdings mehr und mehr das links-grüne Weltbild. Bei einer Pressekonferenz räumte Schulsenator Ties Rabe (SPD) ein, dass es an den „Schulen viele Vorurteile gegenüber Juden“ gäbe. Da würde sich „der Migrationshintergrund bemerkbar machen“. Deutschlandweit soll zudem eine Meldestelle für Antisemitismus eingerichtet werden, die auch den muslimischen Judenhass nicht ausblendet. Die Schirmherrschaft übernimmt Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland.

Klein betonte gegenüber der Welt: „Es gibt eine falsch verstandene politische Korrektheit, die wir überwinden müssen. Nichts darf unter den Tisch gekehrt werden.“ Endlich!

Abschiebungen vom Hamburger Flughafen: 950 Menschen wurden 2017 von dort aus abgeschoben, rund 300 weniger als 2016.

Konsequent umsetzen: Sachleistungen für Asylbewerber

AfD-Fraktion unterstützt Masterplan von Horst Seehofer

Die massiven Unzulänglichkeiten im Bereich der deutschen Asylpolitik sind hinlänglich bekannt. Noch immer gibt es zahllose Asylbewerber mit Mehrfachidentitäten. Noch immer kommt ein hoher Prozentsatz der Antragsteller ohne gültige Identitätsnachweise nach Deutschland. Trotz diverser gesetzlicher Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren sind fast 60.000 Antragsverfahren Ende Oktober 2018 unerledigt. Die Verwaltungsgerichte stöhnen unter der Last der Klagewellen.

Werden die Verfahren von der zuständigen Bundesbehörde und den Verwaltungsgerichten dann doch einmal zu Ende gebracht und muss der abgelehnte Asylbewerber das Land verlassen, ist seine Ausreisepflicht noch lange nicht umgesetzt. Abschiebungen werden nur unzureichend durchgesetzt. Seit 2015 haben in Deutschland über 1.5 Millionen Migranten einen Asylantrag gestellt. Die Zahl der Abschiebungen lag 2016 bei 25.375 Personen, 2017 bei 23.966 Personen und im ersten Halbjahr 2018 bei 12.261 Personen. Als offiziell ausreisepflichtig galten zum Stichtag Ende Oktober 234.986 Ausländer. Insgesamt 177.874 Personen verfügen allerdings aus humanitären Gründen, oder weil die Abschiebung praktisch nicht durchgeführt werden kann, über eine sogenannte Duldung. In Hamburg werden zirka 5.000 Ausreisepflichtige geduldet. Insgesamt 57.112 Ausländer in Deutschland müssen derzeit mit einer sofortigen Abschiebung rechnen.

Abgeschoben wird kaum, die Grenzen sind immer noch weitgehend offen und gleichzeitig können die Zuwanderer einen breiten sozialen Leistungskatalog in Anspruch nehmen. Alles zusammen bildet einen gewaltigen Anreiz, gerade in Deutschland einen Asylantrag zu stellen. Die AfD-Fraktion Hamburg hat daher am 1. November 2018 einen Antrag eingebracht (Drucksache 21/14657), mit dem ein Teil des sogenannten „Masterplans Migration" von Innenminister Seehofer umgesetzt werden soll.

Unter Punkt 39 des Masterplans wird zur Bekämpfung des Asylmissbrauchs unter anderem die konsequente Anwendung des Sachleistungsprinzips bei Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen beziehungsweise Gemeinschaftsunterkünften angemahnt, ebenso bei Ausreisepflichtigen als Regelfall.

Ferner sieht das Papier Seehofers vor, die Verlängerung der Bezugsdauer von niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) von 15 Monaten auf 36 Monate zu erhöhen. Leider wurde der AfD-Antrag, obwohl er sich streng an der Vorlage aus dem Bundesinnenministerium orientierte, von allen in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Fraktionen unisono abgelehnt. Der Hamburger AfD wurde unreflektiert vorgehalten, sie schüre mit diesem Antrag Vorbehalte gegen Asylbewerber und Flüchtlinge. Der CDU Vertreter erwiderte gar, der AfD-Antrag erinnere ihn an ein Internierungslager, in dem es nur Brot und Wasser für Flüchtlinge gebe. Die AfD-Fraktion fragt sich, warum einige Bundesländer die Forderungen von Herrn Seehofer ignorieren. So wird man dieses Problems nicht Herr.

Dirk Nockemann

DEMO STATT DIALOG

Wirbel um Online-Portal

Über das Online-Portal „Neutrale Schulen Hamburg" berichteten wir schon in der letzten Ausgabe von „Uns Hamburg". Die Hamburger AfD-Fraktion richtete die Internetplattform ein, damit Schüler und deren Angehörige sich darüber informieren können, ob Lehrer entsprechend des Neutralitätsgebots fair über alle Parteien unterrichten oder ob sie ihre Stellung für einseitige politische Indoktrination ausnutzen.

In Ausnahmefällen, wenn eine schulinterne Konfliktlösung nicht möglich scheint, können Vorfälle an die AfD-Fraktion über ein Kontaktformular gemeldet werden. Sie werden nach einer Überprüfung vertraulich an die Schulbehörde weitergeleitet. Denn: Kein Schüler in Hamburg sollte Angst haben, im Unterricht seine Meinung zu sagen!

So harmlos und angemessen das Ganze ist, so massiv waren die Gegenreaktionen von links-grüner Seite. Es gab hasserfüllte Artikel. Die linke Lehrergewerkschaft GEW rief zur Demonstration auf und marschierte gemeinsam mit Linksextremisten wie der SDAJ, einer Jugendorganisation der DKP, bis vor die Fraktionsgeschäftsstelle der AfD. In einem offenen Brief verleumdeten Lehrer einer Stadtteilschule die AfD als rassistisch und antidemokratisch. „Das Ganze klingt, als ob notorische Schwerverbrecher sich staatsbürgerlich darüber besorgt zeigen, dass man ihnen gegenüber sogar bewaffnete Polizisten zum Einsatz bringt", erklärte ein Bürger drastisch in einem Brief an die AfD-Fraktion. Ja, auch positive Stimmen zum Online-Portal gab es mehr als genug. Viele AfD-Fraktionen haben die gute Idee mittlerweile übernommen und eigene Portale eingerichtet. Wie nötig sie sind, zeigen die Erfahrungsberichte von Schülern auf der nächsten Seite.

Festzuhalten bleibt auch: Die Lehrergewerkschaft GEW schimpfte und demonstrierte, jedoch gesprächsbereit war sie nicht. Die Einladung zur öffentlichen Diskussion im Rathaus wurde ausgeschlagen. Auf den offenen Brief der Stadtteilschule antwortete die AfD-Fraktion mit einem eigenen klarstellenden Brief.

Sie finden beide Briefe unter:
afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

Kinder im (Schul)-Klassenkampf!

Drei Hamburger Schüler berichten

Auf dem einzig wahren und gerechten Weg wähnen sich die links-grünen Lehrer, die unsere Klassenzimmer in Orte der Gehirnwäsche und Indoktrination verwandeln. Die Feinde sind ausgemacht und gehören verteufelt. Warum noch einen Gedanken darüber verschwenden, ob das Ganze angemessen, fair und demokratisch ist. Es schmeckt nach Macht und fühlt sich einfach zu gut an, all diesen aufmerksamen jungen Menschen das eigene Weltbild zu predigen. Drei Schüler berichten von ihren Erfahrungen mit solchen Lehrern.

Ein 16-jähriger Mittelstufen-Schüler an einer Stadtteilschule

Dass die AfD in der Öffentlichkeit schlecht dargestellt wird, ist ja kein Geheimnis. Aber dass dies auch massiv in den Schulen stattfindet, ist der breiten Bevölkerung wahrscheinlich nicht bewusst. Hier ein paar Beispiele, die ich selbst erlebt habe: Kurz vor der Bundestagswahl sollten wir Referate zu den Wahlprogrammen aller Parteien machen. Natürlich nicht zu dem der AfD. Diese Partei sei unwichtig, hieß es von der Lehrerin, dabei hatte sie nach Umfragen damals schon 13 Prozent.

Wir hatten auch mal eine simulierte Jugendwahl. Da stimmte die ganze Schule ab. Zu meinem Verwundern erhielt die AfD etwa ein Fünftel der Stimmen. Dies wurde von den Lehrern und der Schulleitung als Schande betrachtet. Einige erklärten, dass sie zu gerne wissen würden, wer die AfD-Wähler seien, um ihnen Nachhilfe in politischer „Bildung“ zu geben.

Es ist ja sowieso von Lehrern und der eher links gerichteten Gesellschaft oft zu hören, dass man politische Bildung zur Bekämpfung der AfD brauche. Tatsächlich verstehen sie darunter politische Indoktrination und Propaganda. Als ein Mitschüler zugab, die AfD zu wählen, weil sie sich im Gegensatz zu anderen Parteien, um die wirklichen Probleme kümmern würde, musste er nach der Stunde bleiben und mit der Lehrerin reden, um ihr zu versichern, dass er weder dumm noch rechtsradikal sei.

Meine Lehrerin kann sich gar nicht vorstellen, dass irgendjemand die AfD aus Überzeugung wählen würde. Sie selbst ist glühende Anhängerin der Grünen. Daraus macht sie auch gar kein Geheimnis.

Eine 17-jährige Oberstufen-Schülerin an einem Gymnasium

Indoktrination an den Schulen funktioniert wunderbar. Das sieht man besonders, wenn man sich als Schülerin „outet“ konservativ und eine AfD-Sympathisantin zu sein. Plötzlich versuchen alle dir einzureden, dass deine Meinung falsch und rassistisch sei. Dazu ausländerfeindlich, frauenfeindlich, homophob und was einem sonst noch so alles einfällt. Das merkwürdige an der ganzen Sache ist, dass die ganze Klasse plötzlich dieselbe Meinung vertritt, selbst Schüler, die sich ansonsten gar nicht mit Politik befassen.

Uns Schülern wird in der Schule fachübergreifend ein linkes Meinungsbild eingetrichtert. Vom sogenannten menschengemachten Klimawandel bis hin zur Willkommenskultur für Flüchtlinge. Diese Themen werden in praktisch jedem Fach thematisiert. Meistens indoktrinieren die Lehrer sehr subtil, ohne dass sie direkt gegen die Neutralität verstoßen.

Das ist eine sehr effektive Methode, um die Meinung der Schüler zu beeinflussen. Ich habe selbst erlebt, wie eine PGW-Lehrerin anfing mich im Unterrichtsgespräch zu meiden, weil sie wusste, dass ich mit der AfD sympathisiere.

Jedes Mal, wenn sie eine Frage stellte und ich mich meldete, um ihr zu antworten, nahm sie erstmal alle anderen Schüler vor mir dran. Sobald ich dann die Letzte war, die sich meldete, kam ein abrupter Themenwechsel, so dass mein Beitrag verfiel. Dieses Phänomen wiederholte sich jede Woche.

Die Lehrer versuchen, ihre meist linke Meinung auf die Schüler zu übertragen und finden immer wieder Wege, dies zu tun.

Ein 16-jähriger Mittelstufen-Schüler an einem Gymnasium

Meine Lehrerin im Fach „Politik, Gesellschaft und Wirtschaft“ (PGW) ist der Ansicht, dass der Rechtsextremismus in vielen Ländern wieder aufkommt. Das gilt auch für Deutschland. Die AfD bezeichnet sie ausdrücklich als rechtsextrem.

Die Mitglieder der jetzigen italienischen Regierung, die sich aus Lega-Partei und Fünf-Sterne-Bewegung zusammensetzt, wurden im Unterricht von drei Klassenkameraden als Nazis beschimpft, weil sie weniger Flüchtlinge aufnehmen möchten. Widersprochen hat meine Lehrerin nicht. Generell lässt sich die Diskussion um die ‚Flüchtlinge‘ in unserer Schule wie folgt auffassen: Man muss ihnen helfen, weil sie vor Krieg und Elend fliehen. Eine andere Sichtweise ist nicht nur unmoralisch, sondern rechtsextrem.

Auch der Fall Hans-Georg Maaßen war in meiner Klasse ein großes Thema. Der damalige Verfassungschutzpräsident hatte in einem öffentlichen Interview bestritten, dass es Hetzjagden in Chemnitz gegeben habe. Die Lehrerin fand diese Aussage falsch. Es gäbe doch ein Beweisvideo. Dass die Demonstrationen erst dadurch ausgelöst wurden, dass Asylsucher aus dem Irak und Syrien einen Chemnitzer Bürger ermordeten, war kein Thema. Die linke gewalttätige Gegendemo auch nicht.

Die politische Einflussnahme macht jedoch nicht bei der Meinungsbildung halt, sondern erstreckt sich auch auf den Sprachgebrauch. So möchte mein Deutschlehrer Begriffe mit „Nazihintergrund“ ersetzen. Ein Beispiel dafür ist das Wort „Führer“. Es sollte aus dem normalen Sprachgebrauch gestrichen werden. Damit wären Worte wie „Fremdenführer“ oder „Führerschein“ gemeint. Auch Namen wie Heinrich, Hermann, Erwin oder Eva dürften nicht mehr für Neugeborene ausgewählt werden.

Meiner Ansicht nach findet eine Flucht vor dem Vergangenen statt, aber keine Auseinandersetzung damit. Noch zu erwähnen ist, dass sich zirka die Hälfte der Schüler aus politischen Diskussionen grundsätzlich raushalten.

Alle drei Autoren sind der Redaktion namentlich bekannt. Wir begegnen ihnen mit Respekt, denn sie bekennen sich trotz der geschilderten Umstände zu ihren Überzeugungen.

„Mit rund 600 Gästen war der Große Festsaal im Hamburger Rathaus so voll wie nur selten bei politischen Veranstaltungen.“ (Hamburger Abendblatt, 20.12.2018)

Prächtige Kulisse und hochkarätige Referenten

AfD-Fraktion im Dialog im Hamburger Rathaus

Fraktion im Dialog heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. Im Regelfall einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Die Informationen gibt es aus erster Hand. Ob mit externen oder internen Referenten, bei AfD-Fraktion im Dialog kommen auch die Bürger zu Wort.

Zu Gast waren der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, der frühere Hamburger Feuerwehrchef Oberbranddirektor Klaus Maurer, der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß, der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Publizist Michael Klonovsky, der Publizist Matthias Matussek, der Journalist Bernd Kallina und die Initiatorin der ersten Anti-Merkel-Demos Uta Ogilvie. Ebenso waren bekannte AfD-Politiker wie Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Beatrix von Storch, Albrecht Glaser, Prof. Dr. Bruno Hollnagel, Oberst a. D. Georg Pazderski und Waldemar Herdt im Hamburger Rathaus.

AfD-Bundessprecher und Bundestagsfraktionschef Dr. Alexander Gauland sprach am 20.12.2018 über „Was ist konservativ?“.

Auf den Geschmack gekommen? Hier finden Sie regelmäßig einige Vorträge:

afd-fraktion-hamburg.de

facebook.com/ afd.fraktion.hamburg

Weitere Termine von AfD-Fraktion im Dialog: 2019

Montag, 21. Januar
Montag, 18. Februar
Montag, 18. März
Montag, 15. April
Dienstag, 23. April
Freitag, 3. Mai
Dienstag, 14. Mai
Dienstag, 11. Juni
Weitere Termine folgen.

Beginn ist in der Regel um 19 Uhr. Bitte anmelden unter:
afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de
oder unter 040 / 428 31 2518

Gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf und informieren Sie ganz aktuell über Referent und Thema: Schreiben Sie uns einfach unter Stichwort „Verteiler“ an die obenstehende Mailadresse.

Mieses Foul gegen die Ballzauberer

Sportlich ist der Senat nur bei Lippenbekenntnissen

Seltenes Bild in Hamburg: Funktionstüchtige Sportplätze, die gut in Schuss sind

Hamburgs Sportstätten sind in der Kritik. Es gibt zu wenige. Manche sind marode, andere zu klein. So kämpft der Störtebecker SV seit zehn Jahren für den Bau eines richtigen Fußballplatzes in der HafenCity. Einst war er fest versprochen, jetzt will davon niemand mehr etwas wissen. „Wenn ich gewusst hätte, dass wir nie eine richtige Sportanlage in der HafenCity bekommen, hätte ich das Projekt nicht angefangen", so der Störtebeker-Vorsitzende Manfred „Jogi" Jürgensen zum Hamburger Abendblatt (3. August 2017).

Die Situation wird nicht besser, sondern schlimmer: Im gesamten Stadtgebiet entstehen derzeit Wohnungen für mehrere 10.000 Menschen. Auch sie werden einen berechtigten Bedarf an Sportstätten anmelden. Der Hamburger Sportbund hat exemplarisch für den Bereich Neugraben-Fischbek mit seinen drei großen Neubauprojekten eine Kurzanalyse erstellt. Darin wird der Bedarf an neuen Hallenplätzen und Sportflächen im Freien anhand des prognostizierten Bevölkerungswachstums im Quartier berechnet. Allein für diesen lokal eng begrenzten Bereich ergibt sich darin ein Fehlbedarf von drei Hallenfeldern und 1,7 Fußballplätzen.

Ein Sportplatz braucht Platz, logisch. Dass dieser trotz pompöser links-grüner Ankündigungen zur „Dekadenstrategie" von der „Zukunftskommission Sport" dennoch immer wieder anderen Interessen geopfert wird, ist in der Praxis an der HafenCity zu sehen. Ausgehend davon, dass dort einmal 15.000 Menschen leben und weitere arbeiten sollen, hätten im Stadtteil sogar zwei Großspielfelder entstehen müssen. Gerade mal ein Kleinspielfeld, reingequetscht in ein ansonsten wohl nicht mehr zu verwertendes Grundstück, wird es werden.

Gefragt sind die Verantwortlichen in der Politik, die Stadtplaner und alle anderen sich für den Sport engagierenden Institutionen. Wir von der AfD fordern sie auf, ihre Aufgabe zu erfüllen und dafür Sorge zu tragen, die Stadt mit ausreichend Freiluftflächen für den Sport auszustatten. Darüber hinaus gilt es, die Erreichbarkeit und den Zugang für jedermann zu gewährleisten. Sport ist identitätsstiftend und gesundheitsfördernd. Er stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verlangt Leistungsbereitschaft.

Wer Fußball und ähnlichen Freizeitaktivitäten genügend Platz einräumt, steigert die Lebensqualität in einem Quartier. Mannschaftssportarten sind ideal dazu geeignet, ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Die Mitgliedschaft im Sportverein kann Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft verbinden. Nichts eint so sehr wie gemeinsame Aufgaben und Ziele! *Detlef Ehlebracht*

Detlef Ehlebracht

Der Autor ist Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft. Als AfD-Abgeordneter ist er Fachsprecher für Vekehr, Bau und Stadtentwicklung. Der ausgebildete Flugzeugmechaniker und Fachinformatiker ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Sportlich ist er vor allem auf seinem Rad unterwegs.

HANDELSKAMMER

Rüge für Bergmann

Am Anfang stand eine beleidigende Ausladung, am Ende eine Rüge der Wirtschaftsbehörde: So hatte sich der damalige Handelskammer-Präses Tobias Bergmann seine publicity-wirksame Anti-AfD-Aktion sicherlich nicht vorgestellt.

Anlass war die Verlegung sogenannter Stolpersteine für die von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Mitglieder der Handelskammer. Mit der bösen Behauptung, die AfD hätte nicht die richtigen „Lehren aus diesem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte gezogen", lud Bergmann die AfD-Abgeordneten vom Festakt aus, nachdem er sie zuerst eingeladen hatte.

Ein Unding, rügte die Wirtschaftsbehörde, nachdem die AfD-Fraktion eine Rechtsaufsichtsbeschwerde eingelegt hatte. Der Handelskammer-Präses mit SPD-Parteimitgliedsausweis hatte klar

Stein des Anstoßes: Stolpersteinverlegung vor der Handelskammer

gegen das Neutralitätsgebot verstoßen. Schließlich vertrat er mehr als 160.000 Unternehmer und Kammermitglieder, die die Handelskammer mit ihren Pflichtbeiträgen finanzieren – darunter viele Tausend AfD-Mitglieder und AfD-Wähler. Inzwischen ist Bergmann als Handelskammer-Präses zurückgetreten. Es mangele ihm an Rückhalt, jammerte er. Wer so spaltet und hetzt, sollte sich darüber nicht wundern.

Liebe hier, Unterwerfung dort

Bibel und Koran im Vergleich – Kommentar von Harald Feineis

Gehört der Islam zu Deutschland? Faktisch ja, denn er ist da. Warum also sagt die AfD, er gehöre nicht zu Deutschland. Was ist der Grund? Haben wir denn nicht den gleichen Gott? Wenn nicht, wo sind die Unterschiede?

Die Unterschiede zwischen Islam und Christentum liegen bereits im Verständnis der heiligen Bücher Koran und Bibel. Der Koran ist nach muslimischer Auffassung zeitlos, seit Ewigkeit im Himmel aufbewahrt und über einen Zeitraum von 22 Jahren als fertige Offenbarung „herabgesandt". Muhammad hat ihn empfangen und rezitiert weiter gegeben. Die Sprache des Koran ist klassisches Arabisch und gilt als heilig. Das Vorlesen des Koran ist eine Art der Gottesverehrung, auch wenn er nicht von allen verstanden wird. Der Koran selbst gilt nach islamischem Verständnis als prinzipiell unübersetzbar, Übersetzungen sind erst in neuerer Zeit zulässig, stellen jedoch nur eine ungefähre Bedeutung der Worte Allahs dar. Obwohl er keinem logischen Erzählfaden folgt, sondern lediglich ihrer Länge nach geordnete Suren enthält, gilt der Koran als ultimativer Beweis für das Wirken Gottes.

Auch die Bibel ist kein gewöhnliches Buch, sondern eine Sammlung von 66 unterschiedlichen Schriften. In dieser Weise stellt sie Texte aus fast 1500 Jahren in enormer sprachlicher, literarischer, historischer, geographischer und ethnologischer Vielfalt nebeneinander. Kurz gesagt: Menschen berichten von ihren Erfahrungen mit Gott. Für den Text der Bibel ist es wesentlich, dass er von allen verstanden wird. Die Bibel selbst fordert die Übersetzung in die jeweilige Sprache und ist Gottes Wort im Menschenwort. Die Bibel warnt davor, sich nur an die Buchstäblichkeit zu halten, die nur allzu leicht den eigentlichen Sinn verlieren kann.

Der Koran indes berichtet nicht wie die Bibel über Gottes Wege in der Geschichte mit den Menschen, sondern ruft zur Unterwerfung unter Allah auf. Aber auch, wenn das Buch von ihm selbst kommt, ist es keine Offenbarung des muslimischen Gottes selbst, da dieser für sein Geschöpf verborgen und unbekannt bleibt. Die Bibel hat nur ein Ziel, Jahwe selbst und sein Wesen zu offenbaren, um seinem Geschöpf eine Vertrauensbeziehung anzubieten. Der Koran will die alleinige Anerkennung Allahs als alleinigen Gott.

Zu den großen zentralen Unterschieden: Die Bibel sagt, dass das Wort Gottes Mensch in Jesus Christus geworden ist und Gott sich in Ihm mit den Menschen versöhnt hat. Das soll gepredigt werden. Im Islam ist Jesus Christus nicht am Kreuz gestorben, er ist auch nicht am dritten Tag auferstanden. Der Koran bezeichnet es als Vielgötterei, dass Gott einen Sohn haben soll.

Der Koran regelt umfassend das diesseitige Leben. Alle Welt soll in das Haus des Friedens, und das ist der Islam. Hier gilt die Scharia. Demnach kann es keine Demokratie geben, denn nicht das Volk, sondern Allah ist der Souverän. Die Bibel aber will die Versöhnung mit Gott. Alle Welt soll gerettet werden. Die Bibel fordert keine Theokratie wie der Koran. Die zentrale Botschaft ist die Bergpredigt, Tod und Auferstehung Jesu sowie die Freiheit des Christenmenschen in Christus (Luther). Deshalb gehört der (politische) Islam nach den Fakten, nicht zu einem Land, das jüdisch-christlich geprägt ist, sondern steht diesem vielmehr diametral gegenüber.

Harald Feineis ...

... arbeitete als Fachbauleiter auf Baustellen in Südafrika, Simbabwe und Saudi-Arabien. Nach einem Studium der evangelischen Theologie ist er ordinierter Pastor und war 21 Jahre Gemeindeleiter. Er ist seit 1974 verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder.

Die Bibel, das Buch der Bücher, bezeichnet die Heilige Schrift im Judentum und Christentum.

GLOSSE

Das bisschen Farbe!

Gibt es unsere Stadt etwa gleich zweimal? Vielleicht ein Hamburg in einem fernen Paralleluniversum und ein anderes, das im hier und jetzt liegt?

Zumindest ein Teil der Abgeordneten der Altparteien scheinen im Erstgenannten zu leben. Als die AfD in der aktuellen Stunde der Bürgerschaftssitzung vom 14. November die zunehmende Verwahrlosung der Stadt und der Gesellschaft anprangerte, am Beispiel der Graffiti, da freute sich Norbert Hackbusch (Linke) hingegen wie ein Schneekönig über die vielen Touristen, die sein Wohnhaus, verunstaltet mit einer Vielzahl an Graffiti, abfotografieren. Ulrike Sparr (Grüne) sekundierte mit der Bemerkung: „Das bisschen Sprühfarbe!" Hässliche Schmierereien im Stadtbild? Wo ist das Problem? Insbesondere, wenn mir das beschädigte Eigentum nicht gehört.

Dies gerade verdauend, setzt die Linke gleich einen oben drauf und fordert für ganz Hamburg flächendeckend Tempo 30 für den Straßenverkehr. In der gleichen Sitzung stellt Martin Bill von den Grünen fest, „dass es in Hamburg auch einmal zu einem Stau kommen kann". Seine zweite weltbewegende Erkenntnis: Jede Baustelle hat eine Behinderung zur Folge. Ganz nebenbei erfahren wir auch noch, dass es mittlerweile so viele Baustellen in Hamburg gibt, dass sich kaum noch Bauunternehmer finden lassen, die Straßenreparaturen übernehmen könnten. Und dann kommt noch der grüne Fraktionschef Anjes Tjarks um die Ecke und behauptet, die Polizei sei dem Senat unterstellt. Er beherrscht also das Einmaleins der Gewaltenteilung nicht und verwechselt Legislative mit Exekutive. Wie peinlich ist das denn?

Das sind Momente, wo sich Schein und Sein oder Parallelwelt und Realität dann doch ziemlich nahe kommen. Unterm Strich bleibt nach manch einer Bürgerschaftssitzung festzustellen, dass man die Aufwandsentschädigung auch gerne als Schmerzensgeld bezeichnen könnte.

Detlef Ehlebracht

Pressekonferenz im Hamburger Rathaus mit Hanno Bachmann (AfD-Fraktion Berlin), Alexander Wolf (AfD-Fraktion Hamburg), Gottfried Curio (AfD-Bundestagsfraktion), Birgit Bessin (AfD-Fraktion Brandenburg)

Wichtiges Treffen im Rathaus

Migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktionen verabschieden Hamburger Erklärung

Am Ende stand die „Hamburger Erklärung“: Auf Einladung der Hamburger AfD-Fraktion trafen sich die migrationspolitischen Sprecher der Landtage und des Bundestages am 6. Dezember zur Klausurtagung im Rathaus.

Ernstes gab es zu besprechen: Der Beitritt der Bundesregierung zum UN-Migrationspakt und zum UN-Flüchtlingspakt sowie das geplante deutsche Fachkräftezuwanderungsgesetz bringen Deutschland in Gefahr. „Diese Regelwerke blenden die Interessen der einheimischen Bevölkerung aus. Sie laufen auf eine unkontrollierte Migration hinaus“, heißt es in der Hamburger Erklärung, mit der die Tagungsteilnehmer im Namen der AfD noch einmal deutlich Stellung bezogen.

Klartext wurde auch in der abschließenden Pressekonferenz mit Dr. Alexander Wolf, dem migrationspolitischen Sprecher der Hamburger Fraktion, dem Berliner Abgeordneten Hanno Bachmann, der Brandenburger Landtagsabgeordneten Birgit Bessin und dem Bundestagsabgeordneten Dr. Gottfried Curio gesprochen: Die AfD fordert in ihrer Hamburger Erklärung das demokratische Recht der Völker ein, sich nicht von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen fremdbestimmen zu lassen. Es braucht endlich eine Politik, die weitere Zuwanderung und damit den Zusammenbruch des deutschen Sozialsystems verhindert.

Auf die spöttische Frage eines NDR-Journalisten, wie denn ein UN-Migrationspakt aus Sicht der AfD aussehen solle – die Antwort bitteschön in einem Satz –, hatte Wolf eine noch knappere Replik, als verlangt, parat: „Remigration“.

Die Hamburger Erklärung und die Pressekonferenz finden Sie unter:
afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

Islamistisch, antisemitisch, heuchlerisch

Warum der Senat endlich das Islamische Zentrum Hamburg verbieten muss

Es klingt so harmlos: „Die Imam-Ali-Moschee, an den Gewässern der Alster gelegen, ist für Besucher und Touristen aus aller Herren Länder eine Attraktion“, heißt es auf der Internetseite ihres Betreibers, des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), und weiter: „Das schöne Gebäude spiegelt die Kunst der Islamischen Architektur wieder.“

Glanzvoll anzusehen ist das Gebäude wirklich. Das weiß jeder Hamburger, der dort beim Alsterspaziergang einmal entlang flaniert ist. Innendrinn aber werden finstere Pläne geschmiedet. Davon geht beispielsweise die Bundesregierung aus. In mehreren Drucksachen hat sie das IZH schon 2017 als „verfassungsfeindlich“, „antisemitisch“ und „islamistisch“ beschrieben. Der Vorwurf lautet, die iranische Revolution nach Deutschland zu exportieren und die freiheitliche demokratische Grundordnung umstoßen zu wollen. Zudem organisieren die Moscheebetreiber seit Jahren die Teilnahme am sogenannten Al-Quds-Tag. Diese Demonstrationen in Berlin sprechen dem Staat Israel das Existenzrecht ab.

Die AfD-Fraktion beantragte daher die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen das IZH. Ohne Erfolg, denn der Senat hält stur an einem Konzept fest, das längst gescheitert ist. Im November 2012 schloss er einen Staatsvertrag mit den islamischen Glaubensgemeinschaften. „Ein vielversprechender Ansatz zur Integration von Muslimen“, hieß es damals. Das Gegenteil ist der Fall: Doppelzüngig bekennen sich islamische Organisationen vordergründig zu Demokratie und religiöser Toleranz, tatsächlich aber verfolgen sie eine islamistische Agenda. Das gilt besonders für das IZH. Es ist ein Instrument der Mullah-Diktatur. Der Senat muss es bekämpfen und darf es nicht hofieren!

Behörden pfuschen - AfD kämpft

Harburgs Verkehr in der Sackgasse

Nichts geht mehr: Der Ehestorfer Heuweg ist gesperrt.

Wer Hamburgs rot-grüne Verkehrspolitik am eigenen Leib zu spüren bekommt, beispielsweise im Berufsverkehr, greift sich an den Kopf. Unfassbar sind die offensichtlich wild koordinierten Baustellen und verstopften Straßen. Neuerdings kommt sogar die Vollsperrung einer Hauptverkehrsader im Süden der Stadt hinzu: die des Ehestorfer Heuwegs.

Sechzehn Monate lang wird sich niemand mehr zwischen Neugraben-Fischbek und der niedersächsischen Landesgrenze bewegen können. Auch als Ausweichstrecke während der kommenden Bauarbeiten auf der A7 wird der Ehestorfer Heuweg schlichtweg nicht mehr existieren.

Rückblick: Nach acht Jahren Planungszeit eröffnet die Verkehrsbehörde im September 2018 im kleinen Kreis geladener Gäste, dass die Hauptverbindung zwischen Hamburg und Niedersachsen im kommenden Jahr für neun Monate gekappt wird. Auf einer internen Veranstaltung in der von der Vollsperrung massiv betroffenen Rudolf-Steiner-Schule, kurze Zeit später, erzeugt die Behörde unter Eltern und Lehrern lautstarken Unmut. Erst eine Flugblattaktion der AfD unter den Anwohnern klärt diese vollumfänglich über den unfassbaren Zustand vor ihrer Haustür auf. Parallel dazu fordert die AfD den Senat in einem Antrag auf, schnellstens Alternativen zur neunmonatigen Vollsperrung zu erarbeiten.

Kurz vor der Bürgerschaftssitzung reichen plötzlich CDU und SPD Zusatzanträge ein. Beliebte Mechanismen, mit denen AfD-Anträge abgelehnt werden können. Man stimmt dann eben für den eigenen Antrag. Schwamm drüber, meint die AfD. Es geht um die Sache. Schließlich zaubert die Straßenverkehrsbehörde kürzlich eine neue Variante aus dem Hut: Eine Sperrung über die Dauer von sechzehn Monaten verteilt auf zwei Jahre. Das kann nur eine Posse sein, findet die AfD. Grund genug, dranzubleiben.

Wohneigentum fördern

So wird der Flop zum Erfolg

„Nicht einmal jeder fünfte Hamburger wohnt in den eigenen vier Wänden. Das ist viel zu wenig! Der Erwerb von Wohneigentum dient zur finanziellen Absicherung im Alter, und er bietet ein günstiges Umfeld für eigene Kinder“, erklärt der AfD-Abgeordnete Detlef Ehlebracht.

Das hat auch der Senat erkannt und versucht sich in der Förderung von privaten Eigenheimen. Er vergibt ein Familienstartdarlehen in Höhe von maximal 70.000 Euro an bislang kinderlose Eheleute und Paare in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Bekommen sie innerhalb von zehn Jahren Nachwuchs, werden die Zinssätze reduziert. Das Ganze ist allerdings ein großer Flop: Nur fünfmal wurde das Darlehen 2015 vergeben. In den Folgejahren war es nicht viel öfter. Die AfD-Fraktion fordert daher, den Abnehmer-Kreis zu erweitern. Auch Paare, die bereits Kinder haben, sollen das Darlehen beantragen können.

ALTERSARMUT

„Eine Tragödie“

Die Hamburger Regierenden betonen es bei jeder Gelegenheit: Der Stadt gehe es gut. Die Steuereinnahmen sprudeln. Man stehe glänzend dar. Eine Anfrage der AfD-Fraktion zeigt dagegen Mangel und Misere statt hanseatischem Glanz.

„Wie viele Rentner sind in Hamburg so arm, dass sie ihre Rente mit Grundsicherung aufstocken müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten?“, wollte der Abgeordnete Harald Feineis, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, vom Senat wissen. Das Ergebnis: Mehr als 30.000 sind betroffen, und es werden anscheinend immer mehr. Denn 2013 waren es noch 23.490. Feineis: „Das ist eine Tragödie. Betroffen sind viele Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und nur noch mit staatlicher Hilfe über die Runden kommen.“ Als allererste Maßnahme beantragte die AfD-Fraktion, dass Rentner mit Grundsicherungsbedarf ab 67 Jahren kostenlos das gesamte Angebot des HVV nutzen dürfen.“

WAHLBETRUG

Grün und schäbig

Wahlfälschungen gehören zu den schäbigsten Vergehen in einer Demokratie, und doch scheinen sie in Hamburg praktiziert zu werden.

Bei der Bürgerschaftswahl 2015 sind in Billstedt wahrscheinlich zahlreiche Briefwahlunterlagen zugunsten des Grünen-Abgeordneten Murat Gözay gefälscht worden. Die Hamburger Staatsanwaltschaft reagierte mit einem Strafbefehlsantrag gegen einen 24-jährigen Sympathisanten der Grünen. Der Vorwurf lautet unter anderem Wahl- und Urkundenfälschung.

Dirk Nockemann, der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, hat eine klare Meinung hierzu: „Ich bin entsetzt. Was wir immer schon geahnt haben, ist nun Angelegenheit von Gerichten und Staatsanwaltschaft geworden. Ausgerechnet die Grünen, die sich ständig als Hypermoralisten gerieren, kommen nun in die Nähe übler Wahlmanipulation. Unser Dank gilt der unbestechlichen Staatsanwaltschaft.“

Fehler, Irrwege und Probleme

Wie Rot-Grün den Mittelstand vernachlässigt

Nein, Hamburgs Wirtschaft besteht nicht nur aus Großunternehmen wie Airbus, die Otto-Group oder Beiersdorf. Tausende kleine und mittelständische Firmen erwirtschaften einen großen Teil des Wohlstandes dieser Stadt. Für den rot-grünen Senat scheinen sie trotzdem eher ein Ärgernis zu sein.

Die regierende SPD hat in den 70er und 80er Jahren dafür gesorgt, dass Gewerbebetriebe aus der Innenstadt in die Randgebiete verlegt wurden. Längst hat sich gezeigt, dass diese Entscheidung ein großer Fehler war. Die weiten Anfahrtswege beispielsweise machen es teuer für jeden, der „mal eben" einen Handwerker braucht.

Das geben auch die Verantwortlichen seit einiger Zeit zu. Eine Kurskorrektur findet dennoch nicht statt. Die AfD-Forderung bei der Neuplanung von Wohnsiedlungen auch Gewerbeflächen zu berücksichtigen, stößt auf erheblichen Widerstand. Bezahlbare Gewerbeflächen bleiben nach wie vor Mangelware in den Neubaugebieten.

Aber das ist längst nicht der einzige politische Irrweg, der kleinen und mittelständischen Betrieben das Leben schwer macht: Parkmöglichkeiten sind besonders für den Einzelhandel existentiell wichtig. Denn, wo die Anfahrt per Auto unmöglich ist, bleiben die Kunden aus und beschweren sich die Zulieferer. Für Rot-Grün ist das alles kein Thema. Wichtig ist den Regierenden allein der Radfahrer. Fahrradwege haben Vorrang. Im Gegensatz dazu fordert die AfD mehr Parkmöglichkeiten. Vor allem überflüssige Poller gehören abgebaut. Ladezonen für Zulieferer braucht es auch. Wenn es sein muss, zeitlich begrenzt: beispielsweise von 8 bis 11 Uhr.

Übrigens: So stiefmütterlich behandelt Rot-Grün den Mittelstand nicht immer. Liebstes Kind wird er plötzlich beim Thema Zuwanderung. Kritik bleibt allerdings auch hier nicht aus. Die Betriebe müssten sich mehr daran beteiligen, „Geflüchtete" zu integrieren, heißt es. Aber wie soll das gehen? Zehntausende Asylsucher sind nach Hamburg gekommen, und der Strom reißt nicht wirklich ab.

Fakt ist gleichzeitig, dass 83 Prozent der Gewerbetreibenden in Deutschland, also Handwerker, Einzelhändler, Anwälte und so weiter, nicht mehr als zehn Angestellte beschäftigen. Nach den Erfahrungen vieler braucht es für jeden Migranten einen Mitarbeiter, der einen großen Teil seiner Arbeitskraft einsetzt, um ihn zu beschäftigen und – so weit es geht – anzuleiten. In dieser Zeit fällt er für die Produktion aus. Für jeden kleinen Betrieb ist das ein erheblicher Verlust.

So also sieht rot-grüne Mittelstandspolitik aus: Hausgemachte Probleme wie die Massenmigration sollen auf die Unternehmen abgeladen werden. Ansonsten sind es eher lästige Stadtbewohner, auf deren Kosten allzu viele politische Entscheidungen getroffen werden.

Peter Lorkowski

Mittelständische Unternehmen: Wichtige Stütze der heimischen Wirtschaft

Peter Lorkowski

Der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete ist Mittelstandsbeauftragter der Fraktion. Seit fast fünfzig Jahren führt er seine eigene Firma, eine Bauschlosserei in Harburg. Seit 1997 ist er stellvertretender Vorsitzender im Hamburger Landesverband des Bundes der Selbstständigen (BdS).

GEWERBESTEUER

Kleine Unternehmen entlasten

Steuern, Gebühren und Sozialabgaben: In kaum einem Land der Welt ist die Abgabenlast so hoch wie in Deutschland. Das gilt auch für kleine und mittlere Gewerbebetriebe. So ist der jährliche Freibetrag bei der Gewerbesteuer in Höhe von 24.500 Euro seit Jahrzehnten – abgesehen von einer Aufrundung bei der Euro-Einführung – nicht mehr angehoben worden.

Die finanzpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft Andrea Oelschläger erklärt dazu: „Auch wenn die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer eine Doppelbelastung zum Teil vermeidet, werden in Hamburg kleine Gewerbebetriebe besonders schmerzlich besteuert. Eine Erhöhung des Freibetrages wäre absolut angemessen." Die AfD-Fraktion fordert daher den Senat auf, sich im Bund für eine Erhöhung von 48.000 Euro einzusetzen. Für kleine und mittlere Unternehmer eine Entlastung, die sich die allermeisten in ihrem harten Alltag wohl redlich verdient hätten.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Mehr Polizei

In dieser Woche schon einen Polizisten gesehen? Falls nicht, müssen Sie sich nicht wundern. Die Personallage bei der Polizei ist dramatisch schlecht. Um Sicherheit und Ordnung trotzdem aufrecht zu halten, werden die Ordnungshüter so stark belastet, dass sie mehr als eine Million Überstunden vor sich herschieben. Zwar sollen auf Geheiß von Innensenator Andy Grote (SPD) bis 2021 jährlich 300 Nachwuchskräfte pro Jahr zusätzlich eingestellt und zudem noch einmal 200 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Ob das jedoch ausreicht, scheint mehr als fraglich. Ein umfassender Generationenwechsel steht bevor. In den nächsten Jahren wird ein Drittel der Beamten in den Ruhestand versetzt. Noch einmal 100 zusätzliche Stellen fordert daher die AfD-Fraktion. Dazu ihr innenpolitischer Sprecher Dirk Nockemann: „Es geht um die Sicherheit in unserer Stadt und auch um unsere Fürsorgepflicht gegenüber den Polizisten. Sie dürfen nicht durch eine viel zu hohe Arbeitsbelastung verheizt werden."

Dr. Alexander Wolf

FRAKTIONSVORSITZENDER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Europaausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kulturausschuss

FACHSPRECHER FÜR:

Migration, Schule, Europa

KONTAKT: 040 428 31 - 25 18 alexander.wolf@afd-hamburg.de

WEITERE INFORMATIONEN:

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

wolf-afd.de

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

Dirk Nockemann

STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Datenschutz, Ausschuss für Justiz und Datenschutz: Unterausschuss Datenschutz und Informationsfreiheit, Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung

FACHSPRECHER FÜR:

Inneres, Justiz, Bezirke, Verfassung, Öffentlicher Dienst

KONTAKT: 040 428 31 - 25 18 dirk.nockemann@afd-hamburg.de

WEITERE INFORMATIONEN:

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

Detlef Ehlebracht

VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Datenschutzgremium

FACHSPRECHER FÜR: Bau, Datenschutz, Stadtentwicklung, Verkehr

KONTAKT: 040 428 31 23 53 detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de

WEITERE INFORMATIONEN:

afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/

Andrea Oelschläger

MITGLIED DER FRAKTION

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Haushaltsausschuss, Haushaltsausschuss: Unterausschuss Prüfung der Haushaltsrechnung, Haushaltsausschuss: Unterausschuss Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst, Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss Öffentliche Unternehmen

FACHSPRECHERIN FÜR:

Umwelt, Tierschutz, Öffentliche Unternehmen, Haushalt, Energie

KONTAKT: 0152 03 25 59 70 andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de

WEITERE INFORMATIONEN:

afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/

Harald Feineis

MITGLIED DER FRAKTION

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Gesundheitsausschuss, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, Enquete-Kommission

KONTAKT: 0152 292 08 639 harald.feineis@afd-hamburg.de

WEITERE INFORMATIONEN:

afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/

Peter Lorkowski

MITGLIED DER FRAKTION

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, Eingabenausschuss, Sportauschuss, Härtefallkommission

KONTAKT: 040 4 28 31 - 25 18 peter.lorkowski@afd-hamburg.de

WEITERE INFORMATIONEN:

afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/

Zahlen statt Worte

32,6

MILLIARDEN EURO
beträgt der **SCHULDENSTAND** *in Hamburg.*
Trotz guter Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen steigt der Schuldenstand. Damit ist jeder Hamburger – ob Säugling oder Greis – mit 17.885 Euro verschuldet.

Quelle: Welt.de

7.404

KLEINE WAFFENSCHEINE *sind aktuell registriert. 2014 waren es noch 4.500*

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann

Den 14.
Platz von möglichen 16 belegt Hamburg beim „Bundesländerindex Mobilität und Umwelt". Der Index bewertet Statistiken und Verkehrsziele für alle 16 Bundesländer.

Quelle: Bundesländerindex Mobilität und Umwelt 2018/2019

30.627

RENTNER *mussten im Durchschnitt von Januar bis September 2018 ihr Ruhegeld mit staatlicher Grundsicherung aufstocken.*

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Harald Feineis

781

SALAFISTEN *leben in der Hansestadt.*

Quelle: Kleine Anfrage von Dirk Nockemann (AfD)

854.000

EURO *beträgt das* **JAHRESEINKOMMEN** *der neuen Chefin der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), Angela Titzrath. Die HHLA gehört zu 68 Prozent der Stadt Hamburg. Titzraths Einkommen (inklusive Tantiemen und geldwerter Vorteile wie etwa Dienstwagen) ist viereinhalbmal so hoch wie das des Bürgermeisters, der rund 200.000 Euro bekommt. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer oder Beamter in der städtischen Verwaltung verdient 50.500 Euro im Jahr.*

Quelle: Hamburger Abendblatt

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

Hamburger Abendblatt (12.12.2018): **Der große Streit um Hamburgs Geld**

AfD-Fraktionschef Alexander Wolf wurde gleich zu Beginn grundsätzlich: „Eine vernünftige Haushaltspolitik sollte den Bürgern nur das an Steuern auferlegen, was nötig ist, damit die wesentlichen Staatsaufgaben erfüllt werden.“ Die Begründung folgte sofort: „Der Bürger will einen Staat, der ihn in Ruhe lässt und nicht ausnimmt wie eine Weihnachtsgans“, sagte Wolf. Und „im Normalfall“ solle der Staat auch keine Schulden aufnehmen, die „mit Zins und Zinseszins“ zurückgezahlt werden müssten.

+++

Welt (10.12.2018): **Wie verteilt die Hamburger Bürgerschaft das Steuergeld?**

Die AfD in der Bürgerschaft macht sich unter anderem für kostenlose HVV-Tickets für bedürftige Senioren stark. Zudem fordert die Fraktion, interkulturelle Projekte abzuschaffen. „Integrieren bedeutet, sich in etwas einzufügen. Die Migranten, die zu uns kommen, haben unsere Gesetze und Werte zu achten und müssen sich an die gesellschaftlichen Spielregeln halten“, sagt AfD-Fraktionschef Alexander Wolf.

+++

ndr.de (06.12.2018): **AfD mobilisiert in Hamburg gegen Migrationspakt**

Die AfD hat sich noch einmal klar gegen den UN-Migrationspakt ausgesprochen. Dieser Pakt habe eine „unkontrollierte Zuwanderung“ zur Folge, heißt es in einer „Hamburger Erklärung“ der migrationspolitischen Sprecher aller AfD-Fraktionen.

+++

Hamburger Abendblatt (27.11.2018): **Hamburger Islamvertrag mit Ditib erneut in der Kritik**

Der Hamburger AfD-Chef Dirk Nockemann sieht die Vorkommnisse in Niedersachsen als Beleg für das Scheitern des Hamburger „Versuchs der Einhegung islamischer Organisationen“ durch Verträge. Diese dienten „nicht der Integration, sondern lediglich den Partikularinteressen der Akteure, die als eingetragene Vereine nicht eine angenommene muslimische Gemeinschaft, sondern lediglich sich selbst vertreten“.

+++

Hamburger Abendblatt (21.11.2018): **Heftiger Schlagabtausch zwischen Hamburger Schülern und AfD**

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dirk Nockemann verteidigt die Initiative. Es gehe nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen. Kritik vertrage man immer, aber „gegen Herabwürdigungen unserer Wähler wehren wir uns massiv, und zwar mit allen möglichen Mitteln“.

+++

Hamburger Abendblatt (16.11.2018): **Mehr als 30.000 Hamburger Rentner leben in Armut**

„Betroffen sind viele Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und nun nur noch mit staatlicher Hilfe über die Runden kommen“, sagte der AfD-Abgeordnete Feineis, der dem Senat vorwarf, sich für die seit Jahren gestiegenen Zahlen kaum zu interessieren. „Stattdessen stehen bei Rot-Grün Prestigeprojekte wie die Verschönerung des Rathausmarktes im Vordergrund“, so Feineis. Viele alte Menschen würden die Leistungen, die ihnen zustehen, „aus Scham und Stolz“ nicht in Anspruch nehmen. „Man kann also von einer hohen Dunkelziffer der Altersarmut ausgehen“, sagte Harald Feineis.

+++

Hamburger Morgenpost (15.11.2018): **Debatte über „Verwahrlosung“. Sind Graffiti Kunst oder direkter Weg in Krawalle?**

AfD-Mann Detlef Ehlebracht dagegen: „Der Staat lässt der Anarchie freien Lauf!“ Sitzbänke würden beschmiert und mit Messern traktiert. Und am Ende spannte er noch den Bogen zur „multikulturellen Gesellschaft“ und zu den G20-Krawallen. Die und die „Graffiti-Schmierer“ stellte er dem Bürger gegenüber, der brav an der roten Fußgängerampel wartet.

+++

Hamburger Abendblatt (14.11.2018): **Fernwärme: Bürgerschaft stimmt Milliardendeal zu**

AfD-Umweltpolitikerin Andrea Oelschläger warnte dagegen vor einem „Rückkauf-Debakel ähnlich der HSH Nordbank“.

+++

ndr.de (14.11.2018): **Mieterschutz: Stadt will weitere Häuser kaufen**

Zustimmung kam auch von den Grünen und von der AfD. „Als Schuss vor den Bug für Miethaie halten wir das Ausüben des Vorkaufsrechts in diesem Fall auch für gerechtfertigt“, sagte Andrea Oelschläger (AfD).

+++

Hamburger Abendblatt (12.11.2018): **Hamburger AfD fordert, das Islamische Zentrum zu verbieten**

Die AfD-Fraktion fordert in einem Bürgerschaftsantrag ein Verbotsverfahren gegen das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), das die Blaue Moschee an der Alster betreibt. Der Verein sei eine „antidemokratisch-antisäkulare Institution“, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft die politische Agenda der iranischen Führung vertrete. AfD-Fraktionschef Alexander Wolf kritisiert zudem, dass das IZH laut Verfassungsschutz auch 2018 Vertreter zur israelfeindlichen Al-Quds-Demonstration nach Berlin schickte.

+++

Junge Freiheit (20.09.2018): **AfD startet Online-Portal „Neutrale Schulen Hamburg“**

Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hat die Online-Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“ gestartet. Auf einem dafür eingerichteten Portal will die Partei über Rechtsvorschriften rund um das Neutralitätsgebot an Schulen aufklären, teilte die Fraktion mit.

Anlaß für den Schritt seien immer wieder auftretende Neutralitätsverstöße von Lehrern. Um sich dagegen schulintern wehren zu können, wolle man Betroffene durch das Portal unterstützen und informieren. Der Vorsitzende der Hamburger AfD-Fraktion und schulpolitische Sprecher, Alexander Wolf, sagte zur Einrichtung des Portals: „Seit Jahren gibt es linke Ideologieprogramme an Hamburger Schulen. Immer wieder setzen Lehrer die politische Bildung einseitig mit dem Kampf gegen Andersdenkende gleich.

+++

Hamburger Morgenpost (18.09.2018): **Wirbel um Stolpersteine. Handelskammer-Chef legt sich mit der AfD an**

Zum Auftakt werden am 24. September vor dem Gebäude in der Innenstadt Stolpersteine zur Erinnerung an 13 Handelskammer-Mitglieder eingelassen, die zur NS-Zeit verfolgt und getötet wurden. An solchen Aktionen nehmen obligatorisch immer Mitglieder aller Parteien teil, die in der Hamburger Bürgerschaft sitzen – nun hat Kammer-Präses Tobias Bergmann die AfD ausgeladen! (...) Die AfD lässt sich diese Vorwürfe nicht gefallen. In einer Stellungnahme beteuerte der Fraktions-Vorsitzende Alexander Wolf, dass sich keine Fraktion so deutlich gegen Antisemitismus engagiere wie die AfD-Fraktion. „Der Präses der Handelskammer grenzt die AfD aus und zeigt damit, dass es ihm gar nicht ums Erinnern geht”, so Wolf. „Dreist instrumentalisiert er es für politisch Zwecke, um vom eigenen Versagen und den eigenen Querelen abzulenken.

+++

MITMACHEN UND GEWINNEN • DAS HAMBURG-QUIZ

Abendessen zu gewinnen!

Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?

Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz! Zu gewinnen gibt es:

Drei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Abgeordneten der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Erleben Sie Hamburger Politik aus erster Hand, und gewinnen Sie einen Einblick hinter die Kulissen des Hamburger Politikbetriebs.

Die richtige Lösung können Sie bequem auf unserer Seite eingeben:
https://uns-hamburg.de/quiz

oder per Mail schicken an:
presse@afd-fraktion.hamburg.de
Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:
AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Stichwort: Hamburg-Quiz
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. März 2019.
Unter richtigen Einsendern entscheidet das Los.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

1. **Die Hamburger Speicherstadt ist ... ?**
   Weltkulturerbe | Nationalheiligtum | No-go-Area
2. **Der Komiker Otto Waalkes lebt in ... ?**
   Quakenbrück | München | Blankenese
3. **Im Ohnsorg-Theater sprechen die Schauspieler ... ?**
   Hamburger Platt | Sorbisch | Friesisch

Vertrauliche Informationen?!

Sie wollen uns auf Missstände - egal welcher Art - hinweisen?
Sie haben brisante Informationen?
Dann schreiben Sie uns!

IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 428 31 - 25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

info@afd-fraktion.hamburg.de

afd-fraktion-hamburg.de

uns-hamburg.de

islamspiegel-hamburg.de

facebook.com/afd.fraktion.hamburg

twitter.com/AfD_Fraktion_HH

youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

IMPRESSUM

UNS HAMBURG

HERAUSGEBER *AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg*

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS: *Dr. Alexander Wolf*

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: *Frank Horns*

TELEFON *040/42831-2518*

E-MAIL *presse@afd-fraktion.hamburg.de*

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.